IV. KURZE NACHRICHTEN

Minderung zu hohen Jagdpachtzinses wegen fast völliger Vernichtung des Wildbestandes durch strengen Winter

Nach § 7 der Reichspachtschutzordnung kann das Pachtamt bei Jagdpachtverträgen volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Leistungen auf Antrag anderweit festsetzen.

Nun hatte ein Bauer eine Gemeindejagd im Umfang von reichlich 800 ha, die er seit langem gepachtet und zuletzt für einen Pachtzins von 150 RM jährlich genutzt hatte, im Jahre 1935 im öffentlichen Ausgebot als Meistbietender für einen Jahrespachtzins von 425 RM zugeschlagen erhalten und auf 9 Jahre weiter mit Genehmigung des Kreisjägermeisters gepachtet. Als durch den strengen Winter 1939/40 Rehwild, das die Hauptwildart des Jagdbezirks bildet, und Rebhühner fast ganz vernichtet worden waren, hat er mit Zustimmung des Kreisjägermeisters beim Pachtamt beantragt, den Pachtzins für das Jahr 1940/41 um 50 % zu ermäßigen. Auf seine sofortige Beschwerde gegen den abweisenden Beschluß des Pachtamts hat das Oberlandesgericht in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Kreisjägermeisters den Pachtzins für 1940/41 auf 225 RM herabgesetzt. Es geht davon aus, daß die Reichspachtschutzordnung im Gegensatz zur früheren Regelung in der Preußischen Pachtschutzordnung die Entscheidung nicht auf die Belange und Vermögenslage der Vertragsparteien abstellt, sondern in erster Linie auf die Frage, ob die Vertragsleistungen vom Standpunkt der Gesamtheit, der Volkswirtschaft, aus gesehen, ungerechtfertigt sind. Vom Standpunkt der Volkswirtschaft im Staate bedeutet heute ein Jagdpachtvertrag nicht etwa nur oder auch nur überwiegend das Schaffen einer gewinnbringenden Einnahmequelle für Pächter und Verpächter, sondern die Sicherung der Betreuung und Verwertung des Wildbestandes des Jagdbezirks im Interesse der Volkswirtschaft und der Jägerschaft durch waidgerechte Hege und Ausnutzung dieser zum Volksvermögen gehörigen materiellen Werte auf ideeller Grundlage. Der Jagdpächter vermag aber diese ihm hauptsächlich obliegenden weitgehenden Pflichten nur zu erfüllen, wenn der Erlös des zulässigen und fachmännisch berechtigten Abschußergebnisses ungefähr die nötigen Aufwendungen deckt, vor allem auch dem Pachtzins entspricht. Andernfalls wird der Pächter in Gefahr geraten, Schießer zu werden, um die erforderlichen Zusatzleistungen wieder herauszuholen, oder in Versuchung kommen, seine Hegepflicht nicht ausreichend zu erfüllen. Mag hier auch die Gemeinde keine Gewähr für die Ergiebigkeit der Jagd übernommen haben und bei solchen langfristigen Verträgen ein Ausgleich schlechter Jahre durch bessere Jahre stattfinden, so ist dann, wenn der gesamte Wildbestand durch einmalige dem normalen Verlauf widersprechende und nicht voraussehbare Naturereignisse fast völlig vernichtet wird, die Zahlung des unter normalen Verhältnissen und in Erwartung des üblichen Ablaufs verabredeten Pachtzinses volkswirtschaftlich nicht mehr gerechtfertigt. Wäre der Pachtzins gering oder doch höchstens angemessen, oder hätte die Jagd vordem besonders gute Einnahmen abgeworfen und ließe solche bald wieder erwarten, so könnte trotzdem eine der Gemeinde günstige Entscheidung vertreten werden, nicht aber, wenn, wie hier, der Pachtzins durch ungerechtfertigtes Hochtreiben, auch nach Ansicht des Kreisjägermeisters, eine ganz unangemessene Höhe erreicht hat. Beide Ausnahmefälle übermäßiger Pachtzins und Vernichtung des Wildbestandes durch einen ungewöhnlich harten Winter, rechtfertigen die Herabsetzung des Pachtzinses jedenfalls für das unter den Frostschäden des vergangenen Winters besonders leidende Jahr 1940/41 auf den vom Kreisjägermeister vorgeschlagenen Betrag von 225 RM.

Beschluß des Oberlandesgerichts in Königsberg vom 1. Februar 1941,
4 W PSch 2/40. Oberlandesgerichtsrat ERMEL, Cranz (Ostpr.)

Ein Jagdball als Teilvergütung auf eine Jagdpacht

Eine Landgemeinde wollte ihre Jagd verpachten, aber nicht unter 200 RM Jahrespachtzins. Als im Versteigerungstermin nur Gebote unter 200 RM abgegeben wurden,